



Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stellungnahme des Landeselternbeirates Baden-Württemberg zu den aktuellen Problemen der Lehrerversorgung im Land und zu den daraus resultierenden Problemen in unserem Schulsystem

In seiner Sitzung am 19.7.2017 hat sich der Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) mit dem Merkblatt des Kultusministeriums Baden-Württemberg „Berufsziel Lehrerin/Lehrer – Künftige Einstellungschancen für den öffentlichen Schuldienst in Baden Württemberg“ befasst. Dieses Schreiben ging an die allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien im Land, die Universitäten und Hochschulen im Land, die Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Baden-Württemberg, das Hochschulzentrum Baden-Württemberg sowie nachrichtlich an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Den LEB haben das Schreiben und das Merkblatt auf „Umwegen“ erreicht.

In dem Merkblatt wird vor dem Hintergrund einer 6 bis 7 jährigen Ausbildungsdauer der zukünftige Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern für die Jahre 2023/24 je nach Schulart dargestellt. Die Kritik des LEB an diesem Schreiben ist umfangreich und betrifft zum einen grundsätzliche Fragen. Zum anderen nimmt der LEB dies zum Anlass, auf die desaströse Lehrerversorgung und Bedarfsplanung in den einzelnen Schularten und die daraus resultierenden Defizite hinzuweisen. Diese Fehlplanungen und Defizite sind so umfangreich, dass der LEB sie in einer Reihe von Stellungnahmen darstellen wird, die jeweils auf die Situation einiger Schularten eingehen.

Zur grundsätzlichen Kritik:

Ziel des Papiers ist es offensichtlich, einerseits aus Gründen der Fürsorgepflicht zu verhindern, dass zu viele Abiturienten ein Lehramtsstudium beginnen und anschließend Gefahr laufen,

nicht eingestellt zu werden, und andererseits der Versuch zu steuern, welche Fächerkombinationen studiert werden, um einem zukünftigen Bedarf gerecht zu werden. Im Sinne einer guten Lehrerversorgung sind die Folgen des Papiers allerdings außerordentlich bedenklich. Werden doch gerade die starken Abiturienten, die mehrere Optionen im Berufsfindungsprozess haben, abgeschreckt, "auf Lehramt" zu studieren. Die eher Zögerlichen, die nach zwölf Jahren Schule meinen, einen gewissen Einblick ins System Schule erhalten zu haben, werden sich - auch aus Mangel an Optionen - eher nicht davon abhalten lassen.

Die Art, wie die dem Papier zu Grunde liegenden Zahlen gewonnen wurden, hält der LEB schon methodisch für eher fragwürdig. Diese Zahlen des statistischen Landesamtes liegen ganz ohne Konfidenzintervalle vor. Es ist daher unmöglich, zu beurteilen, wie vertrauenswürdig diese Zahlen überhaupt sind.

Auch die bei der Bedarfsberechnung verwendete Methode wird in den häufigsten Fällen, wie auch schon in der Vergangenheit, zu zu geringen Bedarfswerten führen. Basis der Lehrerzahlprognose sind der erwartete, nach heutiger Kontingenzstundentafel errechnete Umfang an Lehrerwochenstunden sowie der wegen erwarteter Pensionierungen und anderem Ausscheidens aus dem Dienst zu ersetzende Umfang an Lehrerwochenstunden. Sogenannte „Einmal-Effekte“ werden ganz ausdrücklich nicht berücksichtigt. Dabei wissen wir Eltern aus jahrelanger Beobachtung des Systems „Schule und Schulpolitik“, dass solche Einmal-Effekte ganz regelmäßig auftreten. Es wäre also durchaus möglich, die Bedarfe an Lehrerdeputaten, die sich in den letzten 20 Jahren aus Einmal-Effekten ergaben haben, zu analysieren, um hieraus einen Korrekturfaktor für die aktuellen Berechnungen zu gewinnen. Auch diese Daten wären natürlich wiederum mit Konfidenzintervallen anzugeben.

Bei einem weiteren Problem wurde der LEB in den letzten Wochen durch eine Bertelsmann-Studie bestätigt: Die Berechnungen und Prognosen der Schülerzahlen lagen in den letzten Jahren regelmäßig und deutlich immer zu niedrig. In der Praxis haben die Eltern das schon seit langem erfahren und der LEB hat regelmäßig darauf hingewiesen. Ernst genommen hat die Kultuspolitik in den Ländern dies nicht und muss sich nun dieser für sie durchaus blamablen Studie stellen.

Diese abstrakten Überlegungen und Prognosen haben aber in der Realität sehr konkrete Auswirkungen in den einzelnen Schularten. Beginnen wir mit den Grundschulen und den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ):



Zu den Grundschulen:

Die Lehrerversorgung in den Grundschulen Baden-Württembergs ist teilweise mehr als desolat. Vielerorts werden Klassen zusammengelegt, Unterricht findet nicht mehr statt und Lehrer sind gezwungen, aus der Teilzeit in die Vollzeit zurück zu gehen. So ist dann auch eine zusätzliche Förderung von Schülerinnen und Schülern bei diagnostizierter LRS/Legasthenie und/oder Dyskalkulie überhaupt nicht möglich, obschon gerade das sehr frühzeitig erfolgen sollte.

Der LEB kann nicht erkennen, inwieweit die Regierung eine solide und bedarfsgerechte Planung der Studienplätze vorgenommen hat, so dass die Lehrerversorgung zukünftig verbessert werden kann. Auch die Tatsache, dass die Besoldung der Grundschullehrer niedriger ist als die der Lehrer anderer Schularten, wird nicht dazu beitragen, den Missstand zu beheben. Es müssen dringend Maßnahmen erfolgen, um die Attraktivität des Grundschullehrerberufes insbesondere in den ländlichen Gebieten, in denen die Lage am schlimmsten ist, zu erhöhen.

Zu den SBBZs:

Die derzeitige Lehrerversorgung an den SBBZs und in den Inklusionsklassen ist nicht einmal annähernd ausreichend. Weder wird die Stundentafel abgedeckt, noch ist genügend Personal für eine gute individuelle Förderung vorhanden. In der Inklusion sind wir vom Tandemsystem weit entfernt. Von individueller Förderung jeder Schülerin / jedes Schülers kann keine Rede sein.

Bei den Prognosen der Schülerzahlen sehen wir nicht, dass die steigende Zahl der Anerkennungen von sonderpädagogischem Förderbedarf Beachtung gefunden hätte. Diese steigende Zahl von Anerkennungen hat verschiedene Ursachen wie z.B. den medizinischen Fortschritt und die steigende Anzahl von Beantragungen seitens der Eltern.

Ausdrücklich begrüßt der LEB den Ansatz, Hauptschullehrer und andere Fachlehrer für die Inklusion weiter zu qualifizieren. Aber der LEB erwartet hier solide Qualifizierungen und keine „Schnellbleichen“.



Mit großer Sorge sieht der LEB, dass die schulische Umsetzung der Inklusion in Baden-Württemberg gerade auf der Kippe steht und zu scheitern droht. Beim LEB keimt der Verdacht, dass dies politisch gewollt sein könnte. Wenn die Landesregierung die Inklusion so schlecht umsetzt, dass niemand dieses schlechte Modell möchte, kann die Landesregierung in einigen Jahren behaupten, dass es für die Inklusion in Baden-Württemberg keinen Bedarf seitens der Eltern gebe. In Wahrheit wollen wir Eltern ganz einfach keine schlecht umgesetzte Inklusion.

Es ist in den Augen des LEB ausgesprochen traurig, dass all dies ausgerechnet auf dem Rücken jener Kinder ausgetragen wird, die der Hilfe der gesamten Gesellschaft am dringendsten bedürfen.

Für den 18. Landeselternbeirat

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 01.08.2017